

# Was hat die Deutsch-soziale Reformpartei bisher geleistet?



Die Wahlen zum Reichstage stehen bevor. In wenigen Wochen wird das deutsche Volk wiederum berufen werden, seine Vertreter für den Reichstag zu wählen. Je höher das Recht anzuschlagen ist, Vertreter zu wählen, die an der gedeihlichen Ausgestaltung des gesammten öffentlichen Lebens theilnehmen, die an der Gesetzgebung mitwirken sollen, desto größer erscheint auch für die Wähler die Pflicht, sorgsam zu prüfen, wen sie zu so wichtiger Mitwirkung für würdig und geeignet halten, wen sie zu ihrem Vertreter wählen sollen. Um so ernster und dringender ist diese Pflicht, je länger der Zeitraum der Vertretung gesetzlich bemessen ist.

Auf fünf Jahre sollen die Reichsboten gewählt werden. Das ist eine lange Zeit, in der manche unvorhergesehene Wandlung im öffentlichen Leben, in den Bedingungen des Staatswohls, in den Interessen des gesammten Volkes wie der einzelnen Berufskreise eintreten kann! Darum, Ihr Wähler alle, welcher politischen Richtung Ihr auch angehört, prüfet eingehend und sorgsam, wem Ihr das Vertrauen zuwenden könnt, daß er Euch in allen Wandlungen der Zeit gut und kräftig vertrete! Aber prüfet nicht nach schönen Worten und Versprechungen, die immer vor den Wahlen feil sind wie Brombeeren, sondern schauet auf **Thatsachen!** Schauet Euch um, was die Männer, die Parteien, die jetzt wieder um Eure Stimmen werben, **thatsächlich geleistet** haben, ob sie die Versprechungen, die sie Euch einst vor den Wahlen gemacht, gehalten haben? Nur zu oft sind Versprechungen in den Wind geredet worden; nur zu oft hat dieser oder jener sich als Abgeordneter im Reichstage ganz anders verhalten, als die Mehrzahl der Wähler mit Recht erwartet hatte. Darum nochmals, Ihr Wähler, **höret nicht auf Worte allein**, laßet Euch nur durch **Thatsachen überzeugen!**

Zu Wahrung ihrer gerechten Sache tritt die **Deutsch-soziale Reformpartei** werbend an die Wähler heran, zum ersten Male in der neuen Organisation der vereinigten, früher getrennt marschirenden Richtungen, aber mit dem alten bewährten und unverrückt festgehaltenen Programm, das sie als eine **echt nationale, christliche und monarchische**, zugleich aber auch als **freie, selbstbewußte und rückgratstarke Volkspartei** kennzeichnet.

So jung die Partei im Verhältnis zu den übrigen ist, so kann sie doch schon mit Genugthuung auf **positive Erfolge** zurückblicken. Und diese Genugthuung darf um so größer sein, als die Erfolge unter besonders schwierigen Umständen erreicht worden sind. Nicht nur ist es erst eine kleine Zahl von Abgeordneten, die in der Fraktion der **Deutsch-sozialen Reformpartei** vereinigt, ihr Programm im Reichstage vertritt, sondern die **Thätigkeit** dieser kleinen Schaar wurde nur zu oft durch die offene Feindschaft der stärkeren politischen Gegner, wie leider auch durch die versteckte Gegnerschaft oder passive Gegenarbeit von Leuten, die der Partei näher stehen sollten, erschwert oder gar gänzlich lahmgelegt. Wenn trotzdem Erfolge erreicht wurden, so ist das nicht nur der unermüdblichen Thätigkeit der wenigen Abgeordneten zu

dancken, sondern auch ein Beweis für die durchschlagende Kraft der von ihnen vertretenen Gedanken, ein Beweis dafür, daß das Programm der **Deutsch-sozialen Reformpartei** Ziele verfolgt, welche die gesammten produktiven Stände als die einzig richtigen erkannt haben.

Indem die **Deutsch-soziale Reformpartei** jetzt vor das deutsche Volk tritt, um die Wähler um ihre Fahne zu sammeln, beruft sie sich freimüthig auf ihre bisherige, unermüdblich im Sinne ihres Programms geübte Thätigkeit und ruft den Wählern zu: **„Kommt und folgt unsrer Fahne!“** Dann werden den ersten Erfolgen größere nachfolgen zum Heile des deutschen Volkes und Vaterlandes!

Die Frage aber: **„Was hat die Deutsch-soziale Reformpartei bisher geleistet?“** sei nachstehend auf Grund von **Thatsachen**, die durch die stenographischen Reichstagsberichte bestätigt werden, beantwortet.

Eine wahre Volkspartei, wie es die **Deutsch-soziale Reformpartei** ist, kann und darf niemals einseitige Ziele verfolgen. Aus dem Grunde hat sich auch die Thätigkeit der Partei bez. Reichstagsfraktion über alle Gebiete der nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Politik gleichmäßig erstreckt. In sachlich strenger Uebereinstimmung mit dem Parteiprogramm hat die Fraktion sich in allen Fällen und auf allen Gebieten immer das **wirklich Erreichbare** als Ziel gesteckt, und diesem planmäßigen Vorgehen sind nicht zum Mindesten die Erfolge zu danken, die erreicht wurden und die — bei genügender Unterstützung durch die Wähler — nur die Vorläufer größerer sein werden. Andererseits möge aber auch von denen, die nach dieser oder jener Richtung hin mehr erwartet haben, die Thätigkeit der Fraktion von jenem Gesichtspunkte aus beurtheilt werden, der treffend durch das Sprüchwort **„Besser den Sperling in der Hand, als die Taube auf dem Dache“** bezeichnet wird.

Als **nationale Partei**, der es mit der Hochhaltung des Deuththums und der Liebe zum großen deutschen Vaterlande heiliger Ernst ist, hat die **Deutsch-soziale Reformpartei** schon zu Beginn der jetzigen Legislaturperiode ihren ersten bemerkenswerthen Erfolg errungen: **Die 10 Stimmen der Fraktion gaben im Juli 1893 den Ausschlag für die Annahme der Militärvorlage**, um deren willen der vorige Reichstag aufgelöst worden war. Wenn politische Gegner immer wieder den Vorwurf erhoben haben, die Reformen seien damals „umgefallen“, so ist das eitel Windmachelei! Die Partei ist grundsätzlich stets für ein starkes, schlagfertiges Heer eingetreten. Vor der Wahl verpflichteten sich sämmtliche Kandidaten der Reformpartei, wie das damals in Zehntausenden von Exemplaren verbreitete Flugblatt **„Die Stellung zur Militärvorlage“** beweist, für die **Militärvorlage zu stimmen**. Angesichts der traurigen wirtschaftlichen Zustände forderten sie aber eine Erklärung der Reichsregierung, daß die beabsichtigte Erhöhung der Brau- und Branntweinsteuer unterbliebe und daß Steuern zur Berathung gestellt würden

welche eine erneute Belastung der unteren und mittleren Volksschichten ausschließen. Insbesondere traten sie für die Erhöhung der Börsensteuer ein und vertraten weiter die Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Fast in wörtlicher Uebereinstimmung mit den Forderungen der Reformen bewegten sich die Erklärungen, die der Reichskanzler Graf von Caprivi am 7. Juli 1893 im Reichstag abgab und die Namens der verbündeten Regierungen erfolgten. Der Reichskanzler sagte damals wörtlich:

1. „daß auf fünf Jahre die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen gesetzlich festgelegt ist. — — Wenn, wie die verbündeten Regierungen mit Sicherheit annehmen, die zweijährige Dienstzeit sich bewährt, so wird keine Regierung daran denken können, nach fünf Jahren auf die dreijährige Dienstzeit zurückzugehen.“
2. Zur Deckungsfrage betr. Erhöhung der Brau- und Branntweinsteuer: „Wir haben diese Gesetzeswürfe nicht wieder vorgelegt. Damit existieren sie nicht mehr; sie gehören einer vergangenen Zeit an.“
3. „Wir haben drei Grundsätze hingestellt. Einmal wollen wir versuchen, die Börsensteuer, an der auch allerlei Bemängelungen gemacht waren, anders und ergiebiger zu gestalten. Dann wollen wir versuchen, die Steuern, deren wir bedürfen, auf die leistungsfähigsten Schultern zu legen, die schwächeren Kräfte zu schonen. Und endlich wollen wir Angesichts der schwierigen Lage, in der die Landwirtschaft sich befindet, danach trachten, das landwirthschaftliche Gewerbe von neuen Steuern freizulassen. Nach diesen Richtungen sind wir vorgegangen.“

Auf Anfrage des Abg. Dr. Bödel erklärte der Reichskanzler am 8. Juli 1893 nochmals, daß das Wesentliche der Postulate der Reformen in seiner Antwort erledigt sei. Auf solche Zusagen hin, die den vor der Wahl erhobenen Forderungen entsprachen, konnte Abg. Zimmermann am 13. Juli 1893 in der zweiten Lesung das entscheidende Wort sprechen. Indem sie nunmehr für die Militärvorlage stimmten, haben die Abgeordneten der Partei ihre Versprechen treulich gehalten. Sie bildeten, wie Abg. Eugen Richter zugeben mußte, das Rückgrat an der Waage. Gegenüber bedingungslosen Forderungen wie doktrinen Reinigern haben sie ihre ausschlaggebende Stellung zum Heile des deutschen Volkes gewahrt.

Die gerade von der Reformpartei ausgegebene Wahlparole: „**Vom Volke die Soldaten, von der Börse das Geld**“ hat also schon damals vom Regierungstische Anerkennung gefunden. Thatsächlich hat sich dann später diese Anerkennung zu einem **positiven Erfolge** gesteigert, indem die Mittel zur Durchführung der Militärvorlage **durch die Erhöhung der Börsensteuer** gewonnen wurden, ohne daß sonst eine neue Steuer zur Deckung nöthig geworden wäre. Wie richtig aber dieser reformerische Gedanke gewesen, wie siegreich derselbe in immer weitere Kreise gedrungen ist, dafür ist ein schlagender Beweis neuerdings erbracht worden durch den Antrag Lieber über die Gewinnung der Mittel für Durchführung der zur Verathung stehenden Flottenvorlage. Das mächtige Centrum suchte denselben Gedanken, den damals die kleine Reformpartei in den **Kampf der Meinungen hineinwarf, zur Geltung zu bringen.**

Auf nationalem Gebiete liegt ferner das Eintreten unsrer Abgeordneten für eine tüchtige, dem Schutze unserer Küsten und des immer mehr sich steigenden Außenhandels genügende Flotte, wie für eine stetige, den Verhältnissen der Heimath entsprechende **Entwicklung unsrer Kolonien.** Daß bei diesen Fragen einer Ueberstürzung und einem Uebermaß, das dem Volke drückend werden könnte, entgegengetreten wurde, kann im nationalen Interesse als ein Verdienst in Anspruch genommen werden. — Als ein solches darf überhaupt das kräftige Eintreten für „**Bismarck'sche Politik**“ gelten. Die Interpellation des Grafen Hompesch über den geheimen Vertrag mit Rußland, die sogenannte „**Bismarck'sche Rückversicherung**“, bot im November 1896 dem Abg. Liebermann von Sonnenberg Gelegenheit, diesem Streben nachdrücklich Ausdruck zu geben.

Der Fall **Washford** gab am 18. Juni desselben Jahres Veranlassung zu einer Anfrage, die echt nationalem Sinne entsprungen war. Es galt festzustellen, ob einem durch einen Ausländer schwer beleidigten deutschen Beamten ausreichende Genugthuung, wie sie der empörten öffentlichen Meinung entsprochen hätte, verschafft worden war. Wegen mangelnder Unterstützung seitens der anderen Parteien gelangte die Interpellation nicht zur **Besprechung!** Wie die „**Kölnische Zeitung**“ damals verrieth, hatte man

dem antisemitischen Haufen keinen Erfolg verschaffen wollen“!! Solches Geständniß ist nur geeignet, das Vorgehen unserer Fraktion als ein gerechtfertigtes um so mehr hervorzuheben.

Aber nicht nur Schutz dem Deutschen im eigenen Hause! Die Fittige des Reichsadlers sollen über alle Deutschen sich breiten! Grundsätzlich hat die Deutsch-soziale Reformpartei stets die **Gemeinbürgerschaft aller Deutschen** verfochten, und Abg. Zimmermann hat in jedem Jahre bei Gelegenheit der Etatsberathungen in beredten Worten diesem alldeutschen Gedanken Ausdruck gegeben. Und als die verächtlichen Sprachenverordnungen des Grafen Badeni die deutschen Brüder in Oesterreich-Ungarn zum Kampfe auf Tod und Leben für die ererbten Güter deutschen Geistes und deutscher Kultur zwangen, da war es die **Deutsch-soziale Reformpartei**, welche durch die **Dresdner Tagung vom 9. Mai 1897** zuerst und mit Erfolg die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese allem Deutschthum drohende Gefahr hinlenkte und den Bedrängten eine lebhafteste Sympathie-Kundgebung vermittelte. Die Reformpartei ist stolz darauf, hier Bahn gebrochen zu haben für die Gefühle deutscher Gemeinbürgerschaft, die die weitesten Kreise der Reichsdeutschen befeelen.

Einen hervorragenden Theil unserer nationalen Aufgaben bildet ferner die planmäßige Verfolgung der **Judenfrage.** Es ist allbekannt, daß es gerade Redner und zielbewusste Mitglieder der Deutsch-sozialen Reformpartei sind, die die Aufklärung über das Wesen dieser breumenden Frage in die breiten Massen getragen haben. Der größte allgemeine Erfolg dieser Thätigkeit ist, daß **die Juden angefangen haben, auf sich selbst Acht zu geben.** Im Besonderen hat die Fraktion hier den Versuch gemacht, durch Einbringung von **Initiativanträgen** ihren Bestrebungen Bahn zu schaffen. Gegenüber jedoch der grundsätzlichen Feindschaft des einen Theiles, der Mißgunst oder Gleichgültigkeit des anderen Theiles der übrigen Parteien, ist es leider noch nicht gelungen, einen greifbaren Erfolg zu erzielen. Am 27. Februar 1895 wurde der Antrag, betreffend das **Verbot der Einwanderung ausländischer Juden**, durch die Abgg. Dr. Förster und Bindewald im Reichstage vertreten, aber gegen die Stimmen der Reformen und Konservativen abgelehnt. In der vierten Session nochmals eingebracht, ist derselbe Antrag unerledigt geblieben. Das gleiche Schicksal hatte der Antrag, betreffend das **Betäuben der Schlachtthiere.** Die berechtigte Hoffnung, daß, nachdem das Königreich Sachsen vorangegangen, auch das Reich nachfolgen würde, zu der **Schächtfrage** im Sinne der Forderung der weitesten Kreise des deutschen Volkes Stellung zu nehmen, ist infolgedessen zwar noch unerfüllt, jedoch die Erfüllung scheint mir vertagt. —

Ein sehr weites Feld der Wirksamkeit boten die **wirthschaftlichen Fragen**, die Angesichts der drückenden Lage der verschiedensten Berufskreise zur Lösung drängten. Auf diesem Gebiete hat denn auch die Deutsch-soziale Reformpartei sich so recht als eine **Volkspartei**, als eine Partei des Mittelstandes bewährt. Die breite Masse des schaffenden Volkes, wenn es zufrieden und wirthschaftlich nicht bedrängt ist, ist die sicherste Stütze für Staat und Gesellschaft, für Altar und Thron! Deshalb ist die Reformpartei auch der innersten Ueberzeugung, daß das schaffende Volk sowohl gegen den Druck einer engherzigen, materialistischen Weltanschauung von oben, als gegen die zersetzende Unterwühlung durch verbissene Volksverführer mit unklaren Zielen und undurchführbaren Plänen von unten geschützt werden müsse. In solchem Sinne hat die Reformpartei seit langen Jahren nach beiden Seiten einen **Kampf** für die **Schwachen und Bedrängten** geführt, und sie hat Gelegenheit gehabt, für die Gesamtheit sowohl, wie für einzelne Berufsklassen erfolgreich einzutreten.

Ihre ersten, nicht zu unterschätzenden Erfolge liegen hier auf dem Gebiete der **Steuerepolitik.** Daß die **Gespenster der Brau- und der Tabaksteuer** endlich vom politischen Himmel verschwunden sind, dazu hat die Reformpartei ihr gut Theil beigetragen. Unablässig wurde in Wort und Schrift, in Versammlungen und im Reichstage darauf hingewiesen, daß jene Steuern nicht nur zahlreiche kleine und mittlere selbständige Existenzen vernichten müßten, sondern auch durch Abwälzung seitens der Erzeuger (Produzenten) schließlich nur die große Masse der Verbraucher (Konjumenten) treffen würden. Im Reichstage war es namentlich der Abg. Zimmermann, der am 30. November 1893, wie am 21. Februar 1895 mit Entschiedenheit und Glück, unter Verufung auf das ausdrückliche Versprechen des Grafen Caprivi

bei Gelegenheit der Militärvorlage, die Zurückziehung der Tabaksteuer vorlage verlangte. — Aus ähnlichen Gründen traten unsere Abgeordneten auch gegen die Quittungs- und Frachtstempelsteuer und gegen die Branntweinsteuer ein, dagegen für Luxussteuern, für eine Wehrsteuer mit erhöhter Progression für die reichen Leute und insbesondere für eine recht ergiebige Börsensteuer. **Die Einführung und die spätere Erhöhung der Börsensteuer bedeuten entschieden zwei große Erfolge der Deutsch-sozialen Reformpartei**, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die während vieler Jahre fortgesetzte Aufklärung, die gerade aus dieser Partei heraus ins Volk getragen wurde, den Boden für solche Steuer, die früher unmöglich schien, vorbereitet hat!

Dazu bricht sich auch in immer weiteren Kreisen der reformerische Gedanke Bahn, daß der Steuerhebel mehr und mehr da angelegt werden müsse, wo die mühevolle Anhäufung übergroßer Kapitalkraft in einer Hand Tausende von kleinen Steuerzahlern zu Grunde zu richten und dem Proletariat zuzutreiben droht. Die erst neuerdings bei der Flottenvorlage von anderen Parteien gemachten Steuervorschläge nähern sich erfreulicher Weise dem Standpunkte, den die Reformpartei von jeher vertreten hat. —

Dem allgemeinen Interesse diente auch die Interpellation, welche die Fraktion am 8. Mai 1895 in der Petroleumfrage an die Regierung richtete. Es galt den Schutz der deutschen Petroleum-Verbraucher gegen die künstlichen Preistreiber eines ausländischen, geldmächtigen Ringes. Obwohl der Staatssekretär des Innern, v. Boetticher, die Beantwortung ablehnte, weil „Erwägungen“ über die Frage schwebten, so wurde doch erreicht, daß weite Kreise auf die den Taschen des deutschen Volkes drohende Gefahr aufmerksam wurden. Später nahm eine andere stärkere Partei die Sache auf, und als am 2. Dezember 1896 der Abg. Zimmermann in seiner Etatsrede darauf zurückkam, erwiderte dieses Mal Herr v. Boetticher, daß „Maßnahmen getroffen seien, dem Unwesen im Petroleumhandel entgegenzutreten.“ So hat das erste Vorgehen der Reformpartei schließlich doch Erfolg gehabt!

Es kann im Zusammenhange hiermit gleich erwähnt werden, wie die Partei durch die Anregung im Reichstage am 2. Dezember 1896, daß „aus Staatsmitteln eine Prämie für Erfindung einer brauchbaren Spiritusglühlampe ausgesetzt werde“, zugleich bemüht gewesen ist, die heimische Industrie zu fördern. —

Was nun die **einzelnen Berufsstände** betrifft, so hat die Deutsch-soziale Reformpartei jeder Zeit gesucht, die besonderen Interessen jeden Berufszweiges nach seiner Eigenart zu vertreten und für dieselben soweit staatlichen Schutz zu verlangen, als solcher zur Sicherung der Existenzbedingungen erforderlich erschien. Es hat dabei stets zur Richtschnur gedient, daß alle Berufszweige diesen notwendigen Schutz gleichmäßig beanspruchen können, und demnach ist die Wirksamkeit der Partei auch allen Berufsständen gleichmäßig zugewandt gewesen. Naturgemäß ist es daher, daß — der wirtschaftlichen Lage der Zeit entsprechend — den **bedrängten Berufsständen** das höhere Maß der Fürsorge zufiel.

Für die **Landwirthschaft** traten Redner und Abgeordnete der Partei ein beim Antrag Kanitz, beim Margarinegesetz, bei der Zuckersteuervorlage. Hierzu gehört auch das Auftreten gegen die Branntsteuer und vor allem der lebhafteste Widerstand, den die Partei den Handelsverträgen des Caprivischen Kurzes entgegensetzte. Wenn noch im Juni auf dem Parteitage der Konservativen in Dresden der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe erklärte, „der Bund habe noch nie Veranlassung gehabt, mit der Deutsch-sozialen Reformpartei unzufrieden zu sein,“ so ist das gewiß als eine ehrende Quittung für das Eintreten der Partei zu Gunsten der Landwirthschaft aufzufassen.

Den **Handwerkern** sollte vor allem der Initiativantrag der Partei, betreffend den Schutz der Bauhandwerker, dienen. Leider wurde derselbe am 22. Januar 1896 trotz warmer Vertheidigung durch die Abgg. Lohse und v. Liebermann abgelehnt. Ferner aber ist die Partei bei den Beratungen über die Handwerkerkammern, über den Maximalarbeitstag im Bäckerergewerbe und bei der Gewerbenovelle wiederholt und namentlich durch den Abg. Dr. Vielhaben mit Eifer für das Handwerk eingetreten. Dem entsprach es auch, daß die Fraktion dem inzwischen fertiggestellten Gesetze, betreffend die Organisation des Handwerkes,

nicht zustimmen konnte, weil es — insbesondere bezüglich des geforderten Befähigungsnachweises — unzureichend und verfehlt erschien.

Der solide **Handel** hat in letzter Zeit durch Inkrafttreten des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb einen Schutz erfahren, den der redliche deutsche Kaufmann seit lange ersehnt hatte. Es wird nicht geleugnet werden können, daß die unermüdlige Agitation, die die Deutsch-soziale Reformpartei Jahre lang gerade auf diesem Gebiete entfaltete, wesentlich dazu beigetragen hat, die Regierung zur endlichen Vorlage dieses Gesetzes zu veranlassen. — Ihr warmes Interesse für den redlichen Kaufmannstand hat die Partei ferner bei den Verhandlungen über die Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften, namentlich durch ihr entschiedenes Auftreten gegen die Konsumvereine bethätigt. Davon geben Zeugniß der 1895 im Reichstage eingebrachte Initiativantrag, betreffend das Verbot der Gründung von Konsumvereinen etc. in staatlichen Betrieben und die Auflösung der schon bestehenden derartigen Vereine, sowie die scharfen Auseinandersetzungen, die der Abg. Zimmermann am 26. November 1896 mit der Sozialdemokratie hatte gelegentlich der Interpellation Auer über die von den Sozialdemokraten so schwer empfundene Besteuerung der Konsumvereine. Die hierbei in Betracht kommende Umsatzsteuer ist ebenfalls ein Gedanke, für den die Deutsch-soziale Reformpartei von jeher im Interesse des Mittelstandes mit Kraft eingetreten ist.

Auch der **Arbeiterstand** hat durch die Partei eine warme Vertretung seiner berechtigten Interessen gefunden. Niemals hat die Partei den Glauben verloren, daß die Masse der Arbeiterschaft im Grunde gut vaterländisch, christlich und monarchisch denke und fühle. Sie ist daher vom Anfange ihres Bestehens an unaufhörlich bemüht gewesen, einerseits durch planmäßige Aufklärung über die konjunktiven Ziele der internationalen Sozialdemokratie, andererseits durch entschiedenes Eintreten für einen gesunden Fortschritt in der sozialpolitischen Gesetzgebung im Sinne der Botschaft des großen Kaisers dem volksverführerischen Treiben sozialdemokratischer Führer und Agitatoren den Boden abzugraben. Mit Stolz rechnet es sich die Partei als einen großen Erfolg an, daß es ihr gelungen ist, Tausende von Arbeitern aus der Sozialdemokratie wieder in die Reihen der Ordnungsparteien zurückzuführen. Die Thatsache dieses Erfolges wird dadurch bewiesen, daß überall, wo die Deutsch-soziale Reformpartei, ohne Störung durch mißgünstige Dritte, gearbeitet hat, die Stimmen der Sozialdemokratie zu Gunsten der Reformpartei ganz erheblich zurückgegangen sind. — Im Reichstage hat die Fraktion der Partei ihrem Interesse für die Arbeiter bei den Verhandlungen über die Lage der Arbeiter in der Konfektionsbranche, über Gesundheitsschutz, sowie über den Schutz jugendlicher und weiblicher Arbeiter in der Hausindustrie nachdrücklich Ausdruck gegeben. Mit besonderer Wärme hat Abg. Zimmermann in seiner Rede gegen die Tabakfabrikatsteuer am 30. November 1893 sich der schwachen und hilflosen Arbeiter angenommen.

Daß endlich der **Beamtenstand** in den Vertretern der Reformpartei jeder Zeit berechte Fürsprecher gefunden hat, ist bekannt. Aus den Kreisen der Beamtenschaft heraus ist das oft und gerne anerkannt worden. Die **Aufbesserung der Gehalte**, namentlich der Unterbeamten, ist eine stehende Forderung gewesen, die seitens der Redner der Fraktion zu den Etatsberatungen alljährlich vorgebracht wurde. Vorzugsweise für die Postbeamten ist wiederholt Gelegenheit gewesen, aufs Wärmste einzutreten, u. a. wegen des Postassistenten-Verbandes, wegen Sommerkleidung, Alterszulagen u. s. w. Ein Initiativantrag im Reichstage, der die Erweiterung der Sonntagsruhe für die Post bezweckte, ist leider, wie mehrere andere, nicht zur Erledigung gekommen. —

Es bleibt schließlich das Gebiet der **inneren Politik**, soweit es nicht schon berührt worden ist.

Hier ist zunächst zu nennen der von der Partei im Reichstage eingebrachte Antrag betr. Vorlage eines Gesetzesentwurfes, wonach das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu einer Wahlpflicht erweitert wird. Dieser wohlgemeinte Antrag, der seine Spitze vornehmlich gegen die Sozialdemokratie richtet, indem er alle lässigen Vaterlandsfreunde er die Urnen zwingen will, ist leider ebenfalls unerledigt geblieben. — Mit voller Entschiedenheit hat die Reformpartei gegen die Verkümmern des Wahlrechts im Königreich Sachsen Stellung genommen, wie es hier mit Hilfe der Konservativen hat durchgeführt werden können. Aber machtlos

im Landtage, hat die Partei nur im Wege der Agitation dagegen auftreten können. Die Abrechnung dafür wird hoffentlich durch die Reichstagswahlen erfolgen. — Gegen die im preussischen Abgeordnetenhaus eingebrachte Novelle zum Vereinsgesetz richtete sich ein von der Linken im Reichstage gestellter Initiativantrag, dem sich auch die Deutsch-soziale Reformpartei angeschlossen hatte. Bei der am 18. Mai v. J. stattgehabten Verhandlung darüber wahrte Abg. Zimmermann in glücklicher Weise den freiheitlichen Standpunkt der Partei, indem er sich namentlich an der Hand der in Dresden gemachten Erfahrung (Auflösung der Sympathie-Versammlung für die Deutsch-Oesterreicher) mit überzeugender Kraft gegen polizeiliche Mißgriffe wendete, die nur geeignet seien, Unzufriedenheit zu erzeugen. Von jeher kämpft die Partei für die Bewegungsfreiheit der politischen Vereine unter sich; sie ist aber entschieden jedem Versuche entgegengetreten, diese Freiheit im Wege der Kompensation durch Verkürzung des verfassungsmäßigen Wahlrechts im Reiche zu erlangen. — Die Vorlage des Bürgerlichen Gesetzbuches ist zwar an sich von der Partei freudig begrüßt worden, der Gang der Beratungen im Reichstage indessen hat die Fraktion gezwungen, die thätige Mitwirkung schließlic abzu- lehnen. Sie konnte und wollte die Verantwortung für die beispiel- lose Durchpeitschung eines Berathungsgegenstandes von so ein- schneidender Wichtigkeit nicht mit übernehmen. Das Kommissions- mitglied der Partei, Dr. Vielhaben, trat aus der Kommission aus, nachdem sein Antrag, die zweite Lesung auf längere Zeit zu ver- tagen, abgelehnt worden war. Als aber dann im Plenum die 2. und 3. Lesung mit gleicher Hast und noch dazu vor leeren Bänken durchgeführt werden sollten, da hielten es die Abgeord- neten der Deutsch-sozialen Reformpartei für ihre Pflicht dem Volke gegenüber, durch ihr taktisches Verhalten die Mehrheit, die die übereilte Berathung des wichtigen Gesetzbuches ohne ver- ständigen Grund vornahm, wenigstens zu zwingen, durch ihre An- wesenheit und ihre Stimme auch vor dem Volke die Verantwortung zu übernehmen. Ihren sachlichen Bedenken gegen manche Punkte des Gesetzbuches hat die Partei bereits Ausdruck gegeben durch Einbringung eines Initiativantrages betr. Revision des Bürgerlichen Gesetzbuches, der jedoch noch nicht zur Verhandlung gekommen ist. Auf dem Gebiete unseres Rechtslebens liegt ferner das Eintreten der Partei für Herabsetzung der Gerichtskosten und gegen den Anwaltszwang, wie es wiederholt zum Ausdruck ge- bracht worden ist; und endlich kann diese Reihe mit einem positiven Erfolge der Deutsch-sozialen Reformpartei geschlossen werden: Am 2. April 1897 wurde nach lebhafter Debatte der Initiativantrag der Fraktion, betr. Vorlage eines Gesetzesentwurfes, wonach die konfessionelle Eidesformel wieder eingeführt wird, im Reichstage angenommen. Es ist der erste Initiativantrag der Partei, der im Plenum Annahme gefunden hat.

Die vorstehenden Ausführungen sind, wie hier wiederholt wird, streng nach den stenographischen Reichstagsberichten zu- sammengestellt worden; sie enthalten daher ein den Thatsachen entsprechendes Bild von dem Verhalten der Deutsch-sozialen Reform- partei, soweit deren Vertreter im Reichstage es zum Ausdruck gebracht haben, ein Bild auch von den Leistungen und Erfolgen, auf die die junge Partei zurückblicken kann. Indem die Leistungen hier zusammengestellt werden, will die Partei weder sich brüsten, noch anderen zu nahe treten, — aber, angefeindet und verleumdet von allen Seiten, will sie den Wählern eine Handhabe bieten, damit diese an Thatsachen prüfen können, ob die Deutsch- soziale Reformpartei das Vertrauen verdient, um das sie wirbt bei den bevorstehenden Wahlen!!

In der Hand der Wähler liegt es, ob den ersten Erfolgen der jungen Partei bald weitere einer großen, unabhängigen, that- kräftigen und an Idealismus noch nicht verarmten Mittelstands- und Volkspartei folgen sollen, zum Wohle von Kaiser und Reich, König und Vaterland!

Gegenüber den von feindlicher Seite verbreiteten Unwahrheiten, als ob die Mitglieder der Reformpartei durch häufiges Fehlen im Reichstage glänzten, stellen wir nach der „Sächs. Bürger-Ztg.“ an der Hand des Fraktionsverzeichnisses prozentual fest, wie stark jede Partei unter den Sitzungsschwänzern vertreten war:

Partei:	Stärke der Partei:	Abgeordnete, die 4 Mal und öfter unentschul- digt gefehlt haben:	Prozentfuß der Besten:
Bölen . . . . .	19	17 =	etwa 90 Proz.
Bilde . . . . .	30	24 =	80 "
Deutschkonservative . . . . .	58	43 =	74 "
Sozialdemokraten . . . . .	48	33 =	69 "
Süddeutsche Volkspartei . . . . .	12	8 =	67 "
Centrum . . . . .	101	62 =	61 "
Freisinnige (beide Fraktionen) . . . . .	39	17 =	44 "
Nationalliberale . . . . .	49	19 =	39 "
Reichspartei . . . . .	27	7 =	26 "
Deutsch-soz. Reformpartei . . . . .	13	3 =	23 "

Nach dieser Berechnung schneidet die so heftig angefeindete Reformpartei mit nur 23 Prozent am besten ab. So sieht's in Wirklichkeit mit dem Reichstagsbesuch aus!

Wie ernst es der Deutsch-sozialen Reformpartei mit dem Bestreben ist, in Treue zu Kaiser und König den Schutz sämtlicher Produktivstände zu fördern und gleichzeitig die Volksrechte mit voller Entschiedenheit zu wahren, ergibt sich aus dem obigen gekürzten Thätigkeitsbericht.

**Wähler des vierten Reichstagswahlkreises!** Fehle bei der bevorstehenden Reichstagswahl Keiner an der Wahlurne, tretet Mann für Mann ein für den Kandidaten der Deutsch- sozialen Reformpartei, Herrn

# Andreas Dieck

in Radeberg.

Wer sich über die Bestrebungen der Deutsch-sozialen Reformpartei, sowie über politische, wirthschaftliche und künstlerische Fragen im deutsch-nationalen Sinne fortlaufend unterrichten will, wer seiner Familie ein gut deutsches Unterhaltungsblatt bieten möchte, der bestelle statt der Judenblätter die in Dresden täglich erscheinende

„Deutsche Wacht“.

(Vierteljährlich bei allen Postanstalten 2 M. 75 Pf. Zeitungspreislifte Nr. 1936.)

Druck und Verlag der „Deutschen Wacht“, H.-G., Dresden.